

Beschlussvorlage	Datum: 13.10.2016
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	fed. Senator/-in: OB, Roland Methling
	bet. Senator/-in: S 2, Dr. Chris Müller
Federführendes Amt: Kataster-, Vermessungs- und Liegenschaftsamt	bet. Senator/-in:
Beteiligte Ämter: Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft Amt für Verkehrsanlagen Bauamt Finanzverwaltungsamt Zentrale Steuerung	
Teilaufhebung des Bürgerschaftsbeschlusses Nr. 1232/44/1997 vom 04.06.1997 (keine Nutzung)	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
17.11.2016	Liegenschafts- und Vergabeausschuss
07.12.2016	Bürgerschaft
Zuständigkeit	
Vorberatung	
Entscheidung	

Beschlussvorschlag:

Der Beschluss der Bürgerschaft Nr. 1232/44/1997 vom 04.06.1997 zur weiteren Verwendung des Grundstückes Elmenhorster Weg 36 wird für das Flurstück 34/17 teilaufgehoben.

Beschlussvorschriften:

§ 22 (2), § 56 (4) Kommunalverfassung M-V

bereits gefasste Beschlüsse:

Nr. 1232/44/1997 der Bürgerschaft vom 04.06.1997

Sachverhalt:

Der Beschluss wurde umgesetzt. Ab dem Jahre 2003 wurde das Grundstück durch den Verein „Ohne Barrieren“ e.V. genutzt und betreutes Wohnen für körper- und geistig behinderte Personen angeboten. Für eine Teilfläche (Flurstück 34/16) wurde dem Verein im Jahre 2007 ein Erbbaurecht bestellt. Das auf dieser Fläche vorhandene alte Gebäude wurde abgerissen und es entstand ein Wohnheimneubau.

Für die Restfläche (Flurstück 34/17) beantragte der Verein „Ohne Barrieren“ e.V. 2012 ebenfalls die Bestellung eines Erbbaurechtes, um den Altgebäudebestand in ein ambulantes Wohnheim umzuwandeln. Diese Pläne wurden jedoch fallen gelassen und die Nutzung im Jahre 2014 endgültig aufgegeben. Seither ist diese Teilfläche ohne Nutzung. Für eine weitere Nutzung im Sinne des Bürgerschaftsbeschlusses besteht für diese Teilfläche derzeit keine Nachfrage. Die vom Erbbaurecht betroffene Teilfläche wird jedoch weiterhin - Laufzeit des Erbbaurechtes bis 2058 - gemäß Bürgerschaftsbeschluss genutzt.

Die ungenutzte Teilfläche soll durch den Eigenbetrieb „Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung“ für die Errichtung des Neubaus des Familienkompetenzzentrums Rostock-Lichtenhagen genutzt werden.

Nach Teilaufhebung des Beschlusses soll eine Übertragung des Flurstückes 34/17 in das Anlagevermögen des KOE erfolgen.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine finanziellen Auswirkungen, da lediglich der durch die Bürgerschaft festgelegte Nutzungszweck aufgehoben wird.

kein Bezug zum Haushaltssicherungskonzept

Roland Methling

Anlagen:

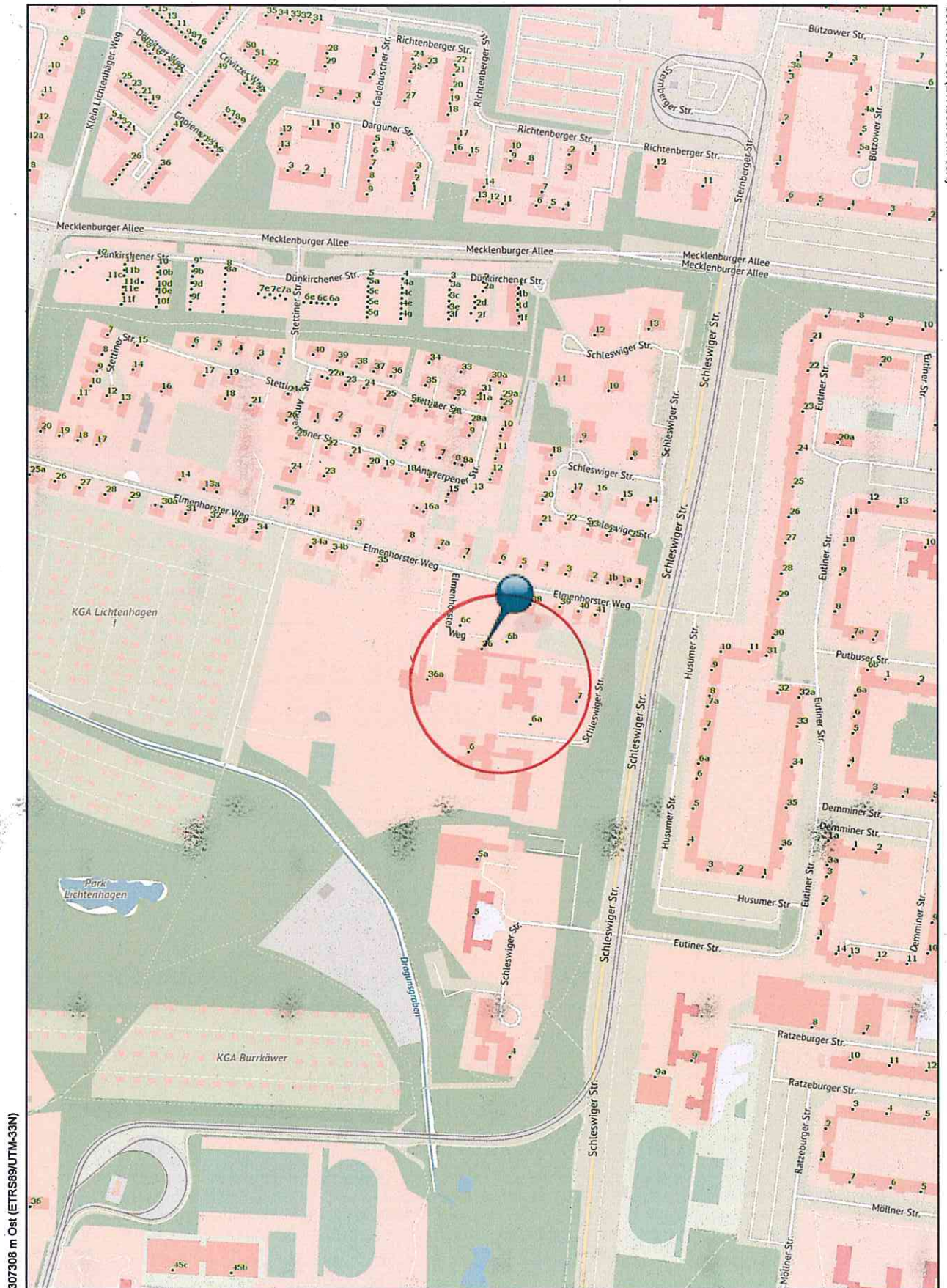
Lageplan, Flurkarte

Beschluss (Auszug Niederschrift)

Elmenhorster Weg 36

Übersichtskarte

6004885 m Nord (ETRS89/UTM-33N)



307308 m Ost (ETRS89/UTM-33N)

6003683 m Nord (ETRS89/UTM-33N)



Maßstab
1 : 5000
Datum
13.10.2016

Kein amtlicher Auszug.

Vervielfältigung, Weiterverarbeitung, Umwandlung, Weitergabe an Dritte oder Veröffentlichung nur mit Zustimmung des Herausgebers, ausgenommen Verwendungen zu innerdienstlichen Zwecken (§ 34 GeoVermG M-V). Der Gebäudebestand wurde örtlich nicht überprüft.





HANSESTADT ROSTOCK

BÜRGERSCHAFT

Niederschrift - nachträglich erfaßt ab Seite 4 !

		Nummer 0007/97-N
Gremium Bürgerschaft	Sitzungstermin 04.06.1997	Datum 26.11.98
Sitzungsort -- nachträglich erfaßt --	Beginn 16:00 Uhr	Ende 20:00 Uhr

Nr. 347/1997 der Fraktion der SPD zur weiteren Verwendung des Grundstückes und der Bebauung nach Auslaufen der Förderschule zur individuellen Lebensbewältigung in Lichtenhagen als Einrichtung für Menschen mit Behinderung

Frau Cornelius (für die Fraktion der SPD) bringt den Antrag ein und legt die Begründung dar (liegt schriftlich vor).

Für den Schul- und Sportausschuß nimmt Frau Cornelius mit zustimmendem Votum Stellung.

Zum Antrag nimmt Herr Sen. Dr. Lemecke Stellung.

Herr Dr. Nitzsche (Fraktion der PDS) stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Rückverweisung des Antrages Nr. 347/1997 der Fraktion der SPD zur weiteren Verwendung des Grundstückes und der Bebauung nach Auslaufen der Förderschule zur individuellen Lebensbewältigung in Lichtenhagen als Einrichtung für Menschen mit Behinderung in den Sozial- und Gesundheitsausschuß.

Die Bürgerschaft der Hansestadt Rostock lehnt mehrheitlich den durch Herrn Dr. Nitzsche (Fraktion der PDS) gestellten Geschäftsordnungsantrag auf Rückverweisung des Antrages Nr. 347/1997 der Fraktion der SPD zur weiteren Verwendung des Grundstückes und der Bebauung nach Auslaufen der Förderschule zur individuellen Lebensbewältigung in Lichtenhagen als Einrichtung für Menschen mit Behinderung in den Sozial- und Gesundheitsausschuß ab.

Des weiteren nimmt Herr Kammler (Fraktion der PDS) Stellung.

Die Bürgerschaft der Hansestadt Rostock faßt mehrheitlich den Beschluß Nr. 1232/44/1997

Förderschule Lichtenhagen

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu sichern, daß mit Auslaufen der Förderschule zur individuellen Lebensbewältigung in Lichtenhagen, Elmenhorster Weg 36, eine anderweitige Verwendung von Grundstück und Bebauung an die Maßgabe geknüpft wird, einen Träger zu finden, der diese Einrichtung für Menschen mit Behinderung betreibt (z. B. Betreutes Wohnen, Tagesstätte für Nichtwerkstattfähige, behindertengerechte Werkstatt u.ä.)